

# Meinungen



Freut sich auf die Referendumsabstimmung: SP-Ständerat Roberto Zanetti. Foto: Anthony Anex (Keystone)

## Die Wirtschaft braucht einen langen Atem

Die SP kann bei ihrem Referendum gegen die Abschaffung einer Steuer für Unternehmen aus dem Vollen schöpfen.

Philipp Felber-Eisele

Er freue sich auf die Referendumsabstimmung, sagte SP-Ständerat Roberto Zanetti letzten Mittwoch anlässlich der Debatte um die Abschaffung eines Teils der Stempelsteuer. Diese sogenannte Emissionsabgabe wird auf Eigenkapital bei Firmen fällig. Zanettis Kampfeslust war unüberhörbar – er war nicht der einzige Linke, der sich in Stellung brachte. Und tatsächlich ergreift seine Partei das Referendum.

Wirtschaftsfreundliche Kräfte sollten dieses Referendum nicht unterschätzen. Es geht bei der Abschaffung der Emissionsabgabe um 250 Millionen Franken, die im Jahr an Steuergeldern weniger eingenommen werden. Das ist – auch in Zeiten der Bewältigung von Corona-Nachwehen – zu verkraften. Zumal die Massnahme sich positiv auf die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandorts auswirken würde.

Die SP jedoch sieht in der Abschaffung des ersten Teils der Stempelsteuer den Anfang von etwas Grösserem. Die Steuer hat noch zwei andere Teile, die dereinst ebenso fallen könnten. Dann wäre mit Ausfällen von über 2 Milliarden Franken zu rechnen. Gleichzeitig werden andere Steuervorlagen disku-

tiert, die zu einem weiteren Rückgang der staatlichen Einnahmen führen würden.

Dieses Gesamtpaket wirft die Linke argumentativ in die Runde. Der SP zufolge werden am Ende die Bürgerinnen und Bürger draufzahlen müssen. Es werde die Umverteilung in Richtung Grosskonzerne angetrieben, wie es SP-Chef Cédric Wermuth in klassenkämpferischer Manier nannte.

Befürworter hingegen argumentieren zum Beispiel damit, dass es ohne die Steuer attraktiver werde, Eigenkapital aufzunehmen, um die Covid-Kredite abzulösen. Und: Keine Emissionsabgabe bedeute mehr Investitionen und somit mehr Jobs und Wohlstand. Zudem verweisen sie auf Bestrebungen der OECD, eine globale Mindeststeuer für Firmen einzuführen. Mit der Folge, dass der Steuervorteil der Schweiz erodiert und der Wirtschaftsstandort weniger attraktiv wird.

Mit diesen Argumenten das Volk überzeugen? Das braucht viel Arbeit. Ein argumentatives Geschenk an die Gegner hat zudem der Bundesrat geliefert. Er spricht davon, dass sich die Abschaffung des ersten Teils der Stempelsteuer positiv auf «zuziehende Gesellschaften mit grossem Kapital»

auswirken werde. Oder wie es Zanetti nannte: «Wir entlasten hier kapitalintensive Grossunternehmen.» Mit Hochgenuss werde er den Bundesrat im Abstimmungskampf zitieren.

Die SP hat bei der Unternehmenssteuerreform III ein ähnliches Narrativ erfolgreich angewendet. Verkürzt: Steuererleichterungen für Firmen auf Kosten des Mittelstands? Pfu! Die Befürworter aus der Wirtschaft warnen damals davor, dass Jobs gefährdet seien. Das hat nicht funktioniert, die Vorlage ging unter.

Zudem zeigt sich, dass die Schweiz auch schon wirtschaftsfreundlicher abgestimmt als in der jüngsten Vergangenheit. Dazu zwei Beispiele: Das wirtschaftsfreundliche Freihandelsabkommen mit Indonesien hatte es sehr schwer. Hingegen holte die Konzernverantwortungsinitiative ein Volks-Ja, sie scheiterte nur am Ständemehr.

Die Abschaffung des ersten Teils der Stempelsteuer fällt also in eine Zeit, in der die Skepsis gegenüber Unternehmen wächst. Und sie fällt auf argumentativ fruchtbaren Boden für die Kritiker. Da ist dann auch eine Steuererleichterung schnell versenkt, bei der es um einen Ausfall von jährlich 250 Millionen Franken geht.

Tribüne

## Die KV-Reform ist dringlich

Die Vorwürfe an die neue Lehre sind überrissen. Sie vermittelt das, was in der Arbeitswelt gebraucht wird.

Ursula Marti und  
Giovanna Battagliero

Die Reform der kaufmännischen Grundausbildung stösst auf Kritik. Unzufrieden sind etwa die Bankiervereinigung, der Zürcher Bankenverband, der Arbeitgeberverband Basel und der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (siehe «Bund» vom 18. Mai und 3. Juni). Dass Kritik eingebracht wird, ist wichtig und richtig. Dies sollte aber basierend auf Fakten und mit umfassendem Blick geschehen.

Der Vorwurf, die Reform ziele an den realen Bedürfnissen vorbei, trifft nicht zu. Die Reform basiert auf einer breit abgestützten Bedarfsabklärung bei den Lehrbetrieben und kaufmännischen Branchen. Dies ist vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation auch so vorgegeben. Bei dieser Abklärung wurde zum Beispiel klar, dass gewisse Betriebe weit weniger Finanz- und Rechnungswesen (FRW) wünschen als bis anhin. Andere hingegen wollen diesen Anteil unbedingt erhöhen, weitere wiederum den Dialog mit Kundinnen und Kunden verstärkt berücksichtigt haben.

Aus diesem Grund werden in Zukunft im dritten Lehrjahr thematische Optionen angeboten: Das FRW wird für alle von 133 Lektionen auf 100 Lektionen reduziert. Im Gegenzug wird die Option FRW mit 120 zusätzlichen Lektionen geschaffen. Somit können sich die Lernenden, wenn sie sich für diese Option entscheiden, mit insgesamt 220 Lektionen vertiefter als bis anhin mit diesem Thema beschäftigen. Genauso stehen den Lernenden weitere Fremdsprachen, Kommunikation oder Technologie als Vertiefungsoptionen zur Verfügung.

Das zuständige Staatssekretariat gibt vor, dass alle Berufe auf die im Job benötigten Handlungskompetenzen ausgerichtet werden. Deshalb gibt es, wie in allen anderen Berufen auch, keine klassischen Unterrichtsfächer mehr. Die klassische Fachkompetenz, etwa in der Sprache Deutsch, wird aber selbstredend immer noch unterrichtet und gestärkt. Das so erarbeitete Grundlagenwissen wird nun aber noch systematischer mit einer Kompetenz im Beruf vernetzt. Es wird also zum Beispiel sichergestellt, dass die KV-Lernenden eine Kundenanfrage sprachlich korrekt und versiert beantworten können, und noch mehr darauf geachtet, dass die Antwort auch inhaltlich den Erwartungen der Kundschaft entspricht. In anderen Worten: Das fachliche Grundlagenwissen bleibt – und wird noch konsequenter angewendet.

In der heutigen Arbeitswelt müssen laufend Entscheidungen getroffen werden: Wie gehe ich vor, um eine Aufgabe zielgerichtet zu erfüllen? Welche Technologien, welche Methoden wende ich an? Wie vernetze ich mich mit anderen Personen? Wie kommuniziere ich lösungsorientiert? Hier Handlungssicherheit zu gewinnen, macht einen Unterschied. Um sich erfolgreich in seinem Beruf behaupten zu können, ist die Kombination von Grundlagen- und Handlungswissen gefragt.

Die KV-Lehre ist und bleibt das Paradebeispiel für eine Grundausbildung, auf der sich vielseitige Karriereoptionen aufbauen lassen. Die bewährte integrierte Berufsmaturität 2, die nach Abschluss der Lehre erlangt werden kann, werden weiterhin sichergestellt. Die optionalen Fächer sind eine hervorragende Basis für weitergehende Spezialisierungen. Gerade ICT-Kompetenzen werden künftig noch stärker ausgebildet, womit sich den jungen Berufsleuten zusätzliche Möglichkeiten für eine Weiterbildung bieten. Sowohl die Berufsfachschulen in Bern als auch der Kaufmännische Verband stehen hinter der Reform. Mit der neuen Ausbildung werden die jungen Menschen im Lehrbetrieb und an der Schule optimal und gezielt begleitet und in ihren Stärken gefördert. Sie sollen nach der dreijährigen Grundbildung eine hohe Selbstständigkeit haben, sich in der neuen Arbeitswelt zurechtfinden und mit Fachkompetenz und Anwendungswissen überzeugen. Die «neue» KV-Lehre ist auch auf KMU ausgerichtet. Sie entspricht den Bedürfnissen der Lehrbetriebe noch besser und wird so auch für KMU wieder attraktiver, auch weil die Umsetzung im Betrieb vereinfacht wird.

Wir sind überzeugt, dass das erneuerte Berufsbild und darauf abgestützt die Bildungsreform nicht nur sinnvoll, sondern auch nötig und dringlich sind. Die neue Ausbildung öffnet noch mehr Türen. Sie vermittelt viel gezielter als bisher jene Kompetenzen, die in der sich rasant wandelnden Arbeitswelt heute und morgen benötigt werden. Sie ist und bleibt die optimale, breit gefächerte Ausbildung für junge Menschen, die in den Betrieben die Vernetzung sicherstellen wollen. Der kaufmännische Beruf bewegt sich und bleibt so zukunftsfähig, genau wie sich auch alle anderen Berufe laufend wandeln und der Zeit anpassen. Das ist gut so.

Ursula Marti ist SP-Grossrätin und Präsidentin des Kaufmännischen Verbandes Bern, Giovanna Battagliero ist Präsidentin Wirtschafts- und Kaderschule KV Bern

ANZEIGE

### Fahrzeugmarkt

Ankauf  
Autos und Nutzfahrzeuge

**Autoankauf zu Höchstpreisen alle Marken,**  
auch Toyota und Unfallauto. Barzahlung. Tägl.  
7-21 Uhr. Tel. 079 584 55 55 / Tel. 076 783 08 06  
auto.ade@gmail.com

### Erotik

Telefonkiosk

**Attraktive und willige Frau im bestem Alter  
sehnt sich nach dir. Melde dich 0906 444  
123 (Fr. 2.50/Anr+Min)**

**neue Girls T: 0906 454545 --- Fr. 2.30 min**

Diverses

**braunes Häslü schlank privat 079 31105 00**

Lust auf ein **Schäferstündchen** m. einer schönen  
weissen Witwe? gr. NB, Priv.&Dieskr. 079 200 51 96

**Thun, 7-19 Uhr 1 Std. Massage bei hübscher  
Alina, XXL Busen. Mo-So Privat 079 870 81 55**

**Neu BE/ Korpulent gr. Bu. F.p. NS 0775048508**

**Thun: ★Alexia und Lara ★033 557 81 81**

**Thun; ALINE, LOREEN, SANJA.. 033 535 35 35  
BE; PETRA, MARINA, NEUE CH. 031 311 64 64**

### Korrigendum

In der Ausgabe von gestern Dienstag haben wir Ständerat Benedikt Würth in der Bildlegende zum Nationalrat gemacht. Wir entschuldigen uns für dieses Versehen. (red)

### Der Bund

Herausgeberin  
Tamedia Espace AG, Dammweg 9, Postfach 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11  
Verleger Pietro Supino  
Gesamtauflage BZ/«Bund» Verbreitete Auflage: 114 377 Ex.,  
WEMF/SW-begleibt  
Redaktion Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 385 11 11  
Chefredaktion Patrick Feuz (paf), Chefredaktor, Jürg Sohm (soh),  
Chef Blattmacher und Planung, Beat Stähli (sbb), Chef vom Dienst  
Website [www.derbund.ch](http://www.derbund.ch)  
E-Mail [redaktion@derbund.ch](mailto:redaktion@derbund.ch)  
Leitung Verlag Robin Tanner  
Copyright-Regelung Vergleiche grosses Impressum  
in der Montagsausgabe.  
Das vollständige Impressum finden Sie auf [impressum.derbund.ch](http://impressum.derbund.ch)

Ein Angebot von Tamedia

### Leserbrief

#### Radio Abschaltung von UKW, diverse Artikel im Bund

**Energiepolitischer Flop**  
Die «Zwangsabschaltung» aller UKW-Geräte in unserem Land ist eine Energieverschwendung sondergleichen. Vergessen sind die Grundsätze einer sparsamen Energieverwendung. Zu einer solchen gehört nämlich auch der Respekt vor der in jedem Produkt für dessen Herstellung verwendeten Energie, die unter Umständen beträchtlich sein kann. Man nennt diese Energieform die «Graue Energie». Nicht umsonst hat sich die erste Energiesparkampagne unseres Landes, die vom damaligen Bundesrat Adolf Ogi lancierte Energiesparkampagne «Bravo!» in der Schlussphase ausdrücklich

dieser Frage angenommen, so unter anderem mit einem Kurzfilm «Die Jagd nach der Grauen Energie». Schade, dass die Botschaft dieser teuren Kampagne nicht bis in die heutigen Tage nachwirkt. Ein wichtiger Grundsatz lautete nämlich: Geräte, gerade solche des Haushalts, sollen so lange als möglich weiterverwendet und erst dann durch die modernsten verfügbaren Modelle ersetzt werden. Was man damals vom einzelnen Individuum erwartete, sollte auch heute von einflussreichen nationalen Institutionen befolgt werden.

**Urs Ritschard**, Bolligen, ehemaliger Leiter Kommunikation Bundesamt für Energie

**Diabetes - was nun?**  
«Wir lassen Sie nicht im Regen stehen.»

Schweizerische Diabetes-Gesellschaft  
CH-5400 Baden • Tel. 056 200 17 90  
[www.diabetesgesellschaft.ch](http://www.diabetesgesellschaft.ch)

Spendenkonto PC 80-9730-7